

Übermäßig akademisiert

Zu: „Gerecht, aber bunt“,
FR-Meinung vom 28. September

Die spannende Analyse von Stephan Hebel greift zu kurz. Zum einen trägt die neue Spitze der Linkspartei trotz ihrer relativ kurzen Amtszeit keine geringe Mitverantwortung für die miserable Lage der Partei schon durch die nur unzureichende Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Karl-Liebknecht-Haus, durch die viele Menschen weder Frau Wissler noch Frau Hennig-Wellsow vom Namen oder Gesicht her sofort wiedererkennen dürften. Zum anderen hat Sahra Wagenknecht trotz ihres zuweilen polarisierenden Charakters in der Sache dennoch Recht, da die Linke ebenso wie viele andere Arbeiterparteien in ganz Europa scheinbar unter Überakademisierung leidet, wodurch man selbst mit den stärksten sozialen Argumenten sehr häufig nicht mehr als glaubhafter bzw. authentischer Anwalt der einfachen Bevölkerung wahrgenommen wird und immer weniger in die ursprünglichen Milieus vordringt. Deshalb hilft hier nur eine Rückkehr zu den eigenen Wurzeln aus der Misere, wobei sich vor allem die Rhetorik ändern und wesentlich bunter werden muss!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Bezahlbare Wohnungen

Zu: „Enteignen oder nicht enteignen?“,
FR-Wirtschaft vom 25. September

Der Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ geht es um die Enteignung privater Immobiliengesellschaften mit mehr als 3000 Immobilien. Gerne wird den sogenannten kleinen Leuten von allen politischen Parteien Angst vor der Enteignung ihrer wenigen Immobilien gemacht, was die o.g. Initiative aber offensichtlich nicht will. Würden die Mieten heruntergefahren, würden automatisch bezahlbare Wohnungen frei. Andere Länder schaffen auch den Mietendeckel, warum Deutschland nicht? Warum müssen die Immobilienkonzerne überhaupt entschädigt werden? Die haben doch steuerliche Vorteile aller Art sowie günstige Erbpachtgrundstücke zur Verfügung. Ist das nicht Entschädigung genug?

Heide Eckert, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210927

FR ERLEBEN

Georg Leppert moderiert das Liebfrauenforum zum Thema Obdachlosigkeit in. Auf dem Podium sitzen Kapuzinermönch Bruder Paulus, die Frankfurter Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP) und Bernd Reising, Gründer der Stiftung „Helfen helfen“. Anmeldung unter keb.frankfurt@bistumlimburg.de. Es gelten die 3G-Regeln. Auf dem Youtube-Kanal des Bistums Limburg gibt es einen Livestream. **Donnerstag, 7. Oktober, 19.30 Uhr Liebfrauenkirche, Frankfurt**

SORRY

Winterschlaf kennen alle, vom Igel bis zur FR-Redaktion und auch bis zu dpa. Bären hingegen kennen diesen Zustand zumeist nicht, auch wenn im Bildtext zum Artikel „Pelzige Pummelchen“ (29.9., S.36) und im Text selbst etwas anderes stand. Denn Bären halten nur Winterruhe. Im Unterschied zum Winterschlaf sinkt ihre Körperkerntemperatur dabei nicht nennenswert ab, und sie können jederzeit aufwachen, z.B. um zu fressen.

Die Klimapolitik muss besser werden

Zum Ausgang der Bundestagswahl: „Merkels Erbe“ und „Scholz überrascht alle“, FR-Titel und -Tagesthema vom 27.9.

Der wichtigste Grund für die Niederlage der CDU

Mir fällt auf, dass die Beurteilung der Wahl vorwiegend auf die Kandidaten Scholz und Laschet ausgerichtet ist – besonders mit der berechtigten Kritik an Laschet. Es wird viel zu wenig der wichtigste Grund für die Niederlage der CDU kommentiert, nämlich die schlechte Leistung ihrer wichtigen Minister: Altmaier, Scheuer, Klöckner, Kramp-Karrenbauer, Seehofer, Spahn (der den schwierigsten Job hatte), und die schwere Hinterlassenschaft von Frau Merkel sowie von Jahrzehnten unter maßgeblicher Führung der CDU.

Peter Stockrahm, Oberursel

Wir müssen weiterhin auf die Straße gehen

So sicher wie das Amen in der Kirche lautete der Spruch der CDU-Vertreter nach jeder gewonnenen Wahl: „Das bürgerliche Lager hat gesiegt.“ Und daraus wurde selbstverständlich „als stärkste Kraft“ die Führung der Verhandlungen mit den infrage kommenden Koalitionspartnern abgeleitet. Sollte es für dieses sogenannte bürgerliche Lager nicht reichen – Linke gelten offenbar nicht als Bürger –, die CDU gar verloren haben, gab es plötzlich keine Lager mehr. Und jetzt sollte auch der monoton wiederholte Spruch von der „stärksten Partei“ nicht mehr gelten.

Der Alleinvertretungsanspruch, was für Deutschland das Beste sei, musste natürlich vollmundig aufrecht erhalten bleiben. Bei dieser Arroganz ertappt, ist nun von einem Angebot die Rede. Selbstverständlich steht, wie bei den Wirtschaftsfreunden üblich, das Angebot vor der Nachfrage. Deshalb sollen wir nehmen, was angeboten wird, denn das, was wir nachgefragt haben, könne, weil zu teuer, nicht produziert werden. Deshalb sollen es jetzt die Grünen im Verein mit der FDP hinbe-

kommen, dass sich das Klima zukunftsfähig nach unseren Wohlstandswünschen, richtet. Ob dieser Realitätsverweigerung kann ich mich nur den Aussichten von Fridays for Future anschließen: Wir werden weiterhin für eine bessere Klimapolitik auf die Straße gehen müssen.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Die linke Tour des Armin Laschet

Unbegreiflich, dass sich ein Kanzlerkandidat nicht mit den Gepflogenheiten des Wahlrechts auskennt. Wenn ich als Bürgerin richtig informiert bin, haben wir in Deutschland eine geheime Wahl (Artikel 38 Grundgesetz). Was für eine linke Tour des Kanzlerkandidaten Armin Laschet und seiner Ehefrau, ihre Wahlzettel mit den CDU-Kreuzen sichtbar vor laufenden Kameras in die Wahlurne zu stecken! Des Weiteren hätte es der Anstand geboten, seinem Kontrahenten und Wahlsieger Olaf Scholz auch bei einem geringen prozentualen Unterschied zu gratulieren. Das Unterlassen ist ja fast auf dem Niveau eines gewissen Trumpf.

Bei einer Wahl des ewig lächelnden Kandidaten Laschet hätte man nur „Armes Deutschland“ sagen können. Sein Motto scheint zu sein: Nur mein Ego zählt – koste es, was es wolle. Arme Partei! Traurig, dass so viele Parteimitglieder kuschen. Nur CDU-Mitglieder aus den neuen Bundesländern haben bisher eine klare Aussage. Dies ist die Meinung einer sehr verärgerten bisherigen CDU-Wählerin. Hannelore Kintscher, Langen

Auf dem Niveau von Donald Trump

Kaum zu fassen! Herr Laschet hält Olaf Scholz nicht für den Wahlsieger! Hätten CDU/CSU bei der Wahl nur einen halben Prozentpunkt mehr eingefahren, als die SPD, der Freudentaumel der Christdemokraten über einen historischen Sieg wäre unüber-

hörbar gewesen. Herr Laschet hatte bisher nicht die Größe, dem Kanzlerkandidaten der SPD zu seinem Wahlsieg zu gratulieren. Da liegt er ganz auf der Linie von Donald Trump, der den Sieg von Joe Biden bis heute nicht anerkennt. Wer sich auf so ein Niveau begibt, taugt nicht zum Kanzler. Reinhard Behm, Frankfurt

Freie Fahrt für die Konzerne

Es ist heute nicht einfach, ein Land zu regieren. Das Grundübel ist die ungestaltete Globalisierung, die zum Recht des Stärkeren zwischen den Ländern führte. Das drängt zu einer Wirtschaftspolitik gegen die Bevölkerung und die Umwelt. Je niedriger die Löhne und die Umweltstandards sind, desto konkurrenzfähiger ist man auf dem Weltmarkt und desto mehr Kapital fließt in dieses Land und aus anderen Ländern ab. Konzerne wie die Automobilindustrie bringen riesige Geldmengen ins Land, und man tut ihnen jeden Gefallen, damit sie im Land bleiben. Das führte zum Steuer senkungswettbewerb für das große Geld zwischen den Ländern und zu den Freihandelsverträgen, die den Konzernen freie Fahrt sichern.

Im Mega-Industriestandort Deutschland geht es den arbeitenden Menschen noch relativ gut, da der riesige Exportüberschuss zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Er bringt aber anderen Ländern Verschuldung, Arbeitslosigkeit und zum Teil Diktaturen. Auch die deutsche Politik wird durch diesen üblen Mechanismus gelähmt. Es ist daher notwendig, ihn zu durchschauen und ein Bündnis vieler Länder zu schmieden, die sich gemeinsam aus dem Teufelskreis befreien. Es muss radikal umgesteuert werden. Die CO₂-Zeitbombe tickt. Millionen Menschen starben schon oder wurden in die Flucht getrieben. Hans Oette, Neuenstadt

Diskussion: frblog.de/wahl-21

Die Impfung hat viel mit Vertrauen zu tun

Lohnfortzahlung für Ungeimpfte im Krankheitsfall: „Schädlicher Beschluss“, FR-Meinung vom 23. September

Die Nichtgewährung von Verdienstausfallentschädigung hat nichts mit „Fairness“ zu tun. Auch eine Impfung hat schlicht nichts mit „Solidarität“ zu tun; sie ist ein Akt des Selbstschutzes. Geimpfte haben ein Impfangebot angenommen. Viele haben sich aus dem stillen Zwang der Verhältnisse und („sozialem“?) Druck gegen ihren Willen impfen lassen. Trotzdem muss allen Nichtgeimpften die Botschaft nachhallen: Nach wie vor gibt es keine Garantie auf Schutz vor einer Covid-Erkrankung ...

Ich tue mich mit dem guten alten Begriff der Arbeiterbewegung „Solidarität“ in diesem Kontext auch deshalb schwer, da es um Milliardenumsätze und -profite der Pharmaindustrie geht. Biontech hat mittlerweile einen Kapitalmarktwert von

über 100 Milliarden; der Aktienwert hat sich seit dem 1.1.2020 verzehnfacht.

Bis auf den heutigen Tag ist es nicht möglich, Wunsch- und Wahlrechte zu realisieren, was Interessierte von einer „Impfung“ abhalten könnte: Sputnik V, der kubanische Impfstoff oder auch der chinesische Tot-Impfstoff etc. können bei uns nicht beansprucht werden. Die „Impfung“ hat mit Wissen, aber auch viel mit Vertrauen zu tun; sie ist kein bloßer Stich, sondern will eine wohlüberlegte medizinische Maßnahme sein!

Nach der Bundestagswahl wird deutlich werden, welche desaströsen Weiterungen die Corona-Maßnahmen der „Corona-Kabinette“ haben: Dann kommen die Entscheidungen des Verfassungsgerichts zu den

Grundrechtseinschränkungen; Millionen Kurzarbeiter werden mit der Pflichtabgabe einer Steuererklärung und Steuernachzahlungen konfrontiert, die Schlussabrechnungen zu den diversen Corona-Hilfen werden deutlich machen, wie unfair die Verteilung war und in welcher Höhe Rückforderungen gestellt werden. Vielleicht werden die in die Hunderttausend gehenden untergegangenen (Solo-) Selbständigen mit ihren vielfältigen Problemen dann der Politik doch noch auf die Füße fallen? Psychosoziale Aspekte bleiben noch immer fast ausgeblendet.

Aber die größte ungeklärte und auch nichtdiskutierte Frage ist: Wer zahlt die Kosten der (Corona-) Krise?

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau